

Berlin entwickeln

Wahlcheck des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags 2021 – Auswertung

7 Fragen an SPD, CDU, Grüne, Linke und FDP*

24. Juni 2021

Ob Fairer Handel, Globales Lernen, internationale Solidarität oder Klimagerechtigkeit – Berlin hat viele Hebel seiner globalen Verantwortung gerecht zu werden. Der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) fragt daher die demokratischen Parteien des Berliner Abgeordnetenhauses: Wie kommen Sie dieser Verantwortung in der nächsten Legislatur nach? Die nachfolgende Auswertung bietet eine Zusammenfassung, die ausführlichen Antworten finden Sie hier:

<https://eineweltstadt.berlin/wie-wir-arbeiten/ber-wahlchecks/wahlcheck-2021/>

1. Berlin als faire Stadtgesellschaft

Wird sich Ihre Fraktion für die Stärkung des Fairen Wirtschaftens und Handels auf Landesebene einsetzen?

SPD, Grüne und die Linke bejahen die Frage, wollen aber künftig unterschiedliche Akzente setzen: Während die SPD das "Aktionsbündnis Fairer Handel Berlin" explizit fördern und das Thema "Nachhaltigkeit" in diversen Feldern verankern möchte, verweisen die Linken allgemein auf eine höhere Sichtbarkeit und die Vernetzung der Fair-Handels-Akteur*innen in der Stadt. Die Grünen wollen insbesondere die faire und ökologische öffentliche Beschaffung weiter ausweiten, u.a. auf Elektronik und Baustoffe. Die FDP verweist auf die aus ihrer Sicht geringe Gestaltungskompetenz des Landes Berlin in dem Bereich.

2. Berlin als zivilgesellschaftliche Metropole

Wird sich Ihre Fraktion dafür einsetzen, dass die Berliner Zivilgesellschaft in ihrem entwicklungs-politischen Engagement gestärkt wird?

Die Linke betont, dass trotz der gegenwärtigen finanziellen Belastungen entwicklungs-politische NROs zukünftig keine finanziellen Einbußen erleiden sollen und schlägt dafür eine Digitalprämie für NROs vor. Auch die Grünen wollen die Arbeit der NROs sichern und die finanziellen Mittel dafür erhöhen, explizit erwähnen sie neue Schwerpunkte wie das Klima-Bündnis und somit Mittel für Projekte im Bereich Klimagerechtigkeit im Zusammenhang mit indigenen Gruppen und dem Schutz der Regenwälder in Amazonien. Während die SPD auf die Erfolge der vergangenen Jahre verweist, sind für die FDP die kommenden Haushaltsberatungen ausschlaggebend.

3. Berlin als global gerechter Forschungs- und Wissenschaftsstandort

Wird sich Ihre Fraktion dafür einsetzen, dass künftig mit öffentlichen Geldern geförderte Forschungsergebnisse im Gesundheitsbereich mit einem global-gerechten Zugang zu Medikamenten verbunden werden?

Die FDP sieht auf Landesebene keine Zuständigkeit für globale Gesundheitsthemen. Dagegen suchen SPD, Linke und Grüne, wie das Land Einfluss darauf nehmen kann. Die drei Parteien unterstützen eine solidarische und faire Gesundheitsversorgung über die COVAX-Initiative – es werden jedoch keine landespolitischen Ambitionen genannt. Die Linke will sich für eine Patentfreigabe im Bundesrat einsetzen.

* Mit Erscheinungsdatum der Auswertung lag die Antwort der CDU leider nicht vor.

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER)

Am Sudhaus 2
12053 Berlin

T 030 – 42 85 15 87

E info@eineweltstadt.berlin

www.eineweltstadt.berlin



global & gerecht



4. Berlin als dekoloniale Stadt

Wird sich Ihre Fraktion dafür einsetzen, dass das Maßnahmenpaket zur Aufarbeitung von Berlins kolonialer Vergangenheit vom Land Berlin umgesetzt wird?

Die drei Parteien – SPD, Grüne und Linke – verweisen auf das gesamtstädtische Erinnerungskonzept, welches gegenwärtig partizipativ mit Akteur*innen der Zivilgesellschaft und der Koordinierungsstelle des Bündnisses Decolonize Berlin bearbeitet wird und zukünftig umgesetzt werden soll. Während Grüne und Linke eine systematische Provenienzforschung in Berlin anstreben, zielt die SPD auf die rassismuskritische und kolonialsensible Überarbeitung von Lehrplänen und Bildungsmaterialien. SPD, Grüne und Linke wollen sich für (de-) zentrale Erinnerungsorte einsetzen, während die FDP die Verantwortung zur Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus überwiegend beim Bund sieht.

5. Berlin als Partnerstadt

Wird sich Ihre Fraktion für eine inhaltliche und finanzielle Entwicklung der Städtepartnerschaften mit Windhoek und Jakarta zu prioritären Partnerschaften einsetzen?

Alle Parteien betonen die Wichtigkeit von Städtepartnerschaften für den Dialog und gegenseitiges Lernen. Schwerpunkte der Ausgestaltung sollten sich nach Ansichten der Grünen und der FDP an individuellen Kriterien orientieren, dafür bringen die Grünen ihr Leitbild der „Fair Trade Town“ ins Spiel. Die Partnerschaft mit Windhoek wird von den drei Parteien SPD, Grüne und Linke aufgrund der historischen Tragweite besonders hervorgehoben, wobei die Linke die Partnerschaft aus einer reinen erinnerungspolitischen Dimension lösen will. Die SPD kann sich zusätzlich eine Stärkung der Partnerschaft mit Jakarta und ggf. Mexiko-Stadt vorstellen und will die städtischen und bezirklichen Städtepartnerschaften für die Verteidigung der Menschenrechte und den Schutz queerer Communities zu nutzen. Zusätzlich bekennt sie die SPD zu einer aktiven Berliner Mitgliedschaft in internationalen Netzwerken.

6. Berlin als internationale Metropole

Wird Ihre Fraktion Maßnahmen zum internationalen Klimaschutz und zur Klimagerechtigkeit innerhalb des Klimabündnisses für zivilgesellschaftliche Akteur*innen fördern?

Dass Klimagerechtigkeit nur durch verändertes lokales Handeln erreicht wird, ist einhellige Meinung aller Parteien. Globale Perspektiven wie der Schutz Amazoniens sind dazu unerlässlich, wie die Linken betonen. Daher appelliert auch die SPD an eine aktive Ausgestaltung der Berliner Rolle im „Klimabündnis“. Neben zivilgesellschaftlichen Akteur*innen muss nach Ansichten der Grünen das Engagement auch mit mehr Verantwortung der Berliner Umweltverwaltung einhergehen.

7. Entwicklungspolitische Ansprechpartner*innen in den Parteien

Werden Sie in Ihrer Fraktion entsprechende Strukturen und Mandate einrichten oder fortführen?

Die SPD wird auch in der neuen Legislaturperiode eine*n politischen Fachsprecher*in im Berliner Abgeordnetenhaus benennen. Ferner wird sich Fachausschusses für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung am entwicklungspolitischen Diskurs in Berlins beteiligen. Auch die Linke wird wieder eine*n fachpolitischen Sprecher*in nominieren, welche*r Initiativen als Ansprechperson zur Verfügung steht, das gleiche soll für die Fraktion der Grünen gelten. Die FDP gibt an, dass sie keine*n entwicklungspolitischen Sprecher*in in ihrer Fraktion nominieren werden.

Der BER ist ein Netzwerk von mehr als 110 entwicklungspolitisch aktiven Gruppen und Vereinen und das Sprachrohr für Menschen, die sich in Berlin für globale Gerechtigkeit einsetzen. Der BER bietet eine Plattform zum Austausch und für gemeinsame Aktionen und qualifiziert mit Seminaren und in Beratungsgesprächen Haupt- und Ehrenamtliche für ihre entwicklungspolitische Arbeit. Der BER setzt sich gegenüber der Berliner Landespolitik für ein zukunfts-fähiges Berlin in einer globalisierten Welt und für eine starke Zivilgesellschaft ein.